

Nationale Identitäten und Außenpolitiken: Erkenntnisse, Desiderate und neue Wege in der Diskursforschung

Bernhard Stahl und Sebastian Harnisch

Wenn Identität die Vorstellung eines Akteurs über sich selbst im Verhältnis zu anderen bezeichnet, dann umfassen außenpolitische Identitäten Ideen über die Natur und die Ziele eines bestimmten politischen Systems im Verhältnis zu seiner internationalen Umwelt. Diese Identitäten werden durch Wertvorstellungen und Normen der nationalen und internationalen Gesellschaft geprägt. Außenpolitische Identitäten konstituieren Akteure, indem sie sie voneinander unterscheidbar machen. Sie wirken gleichzeitig sinnstiftend und rechtfertigend, da sie dem Akteur Ziele, Strategien und Instrumente nahelegen, die im Einklang mit der angenommenen Identität stehen. Zur Rechtfertigung von außenpolitischem Handeln können Identitäten von (Regierungs-) Akteuren überdies eingesetzt werden, wenn der Einsatz bestimmter Mittel oder Strategien als legitim und angemessen für eine bestimmte Identität dargestellt werden kann (vgl. Reus-Smit 1997: 565).

Außenpolitische Identitäten von Nationalstaaten enthalten inkludierende und exkludierende Aussagen über die Gruppenmitgliedschaft. Diese Aussagen beruhen auf einem Normen- und Wertekonsens und/oder werden aus einer ethnischen, religiösen oder sprachlichen Gemeinsamkeit abgeleitet. Nationale Identitäten können daher gleichermaßen gemeinschaftsbildend wie -zerstörend wirken. Die Identitätsforschung hat diese Dichotomie aufgegriffen, indem sie die regulative Wirkung von nationalen Identitäten auf die Außenpolitik westlicher Staaten und auch die konstitutive Wirkung ethnischer Identitäten in Bürgerkriegen untersucht hat.¹ Damit ist das Spektrum identitärer Ausprägungen und Effekte aber bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Identitäten können, wie das Beispiel der Europäischen Union zeigt, auch partiell ausgebildet sein, d. h. regulativ nur ein sehr eng umgrenztes Verhalten rechtfertigen. So können externe Akteure den (hohen) normativen Anspruch der EU, Menschenrechtsverletzungen abzuwenden, dazu nutzen, den identitären Handlungsrahmen durch eine (bewusste) Inkaufnahme einer Konflikteskalation zu erweitern.

Die vorliegende Studie untersucht den Zusammenhang zwischen nationalen Identitäten, der außenpolitischen Akteursschaft (Actorness) der EU und den Folgen für das EU-Handeln im Kosovo-Konflikt. Sie legt empirische Ergebnisse für die Sicherheitspolitik aus dem PAFE-Projekt vor.² Zugleich knüpft sie an die Vorgängerstudie des Projektes an, die den theoretisch-methodischen Zugang erläutert und die

1 Zur Unterscheidung der regulativen und konstitutiven Wirkung von Identitäten vgl. Fn. 5.

2 Eine Anwendung des Ansatzes auf die Außenhandelspolitik findet sich bei Lütticken (2006) und Stahl (2006: 145-190).

Formierung der nationalen Identitäten in jeweils zwei wichtigen Nachkriegsdiskursen nachgezeichnet hat (vgl. Joerißen/Stahl 2003). Zwischen dem Bereich der vergleichenden Identitätsforschung und der EU-Außenpolitikforschung besteht ein enger Zusammenhang. Unser Befund zeigt, dass nationale Identitäten nicht einseitig auf das EU-Verhalten wirken, sondern einerseits durch ihre Varianz ambivalente regulative Effekte (handlungsanleitend/handlungshemmend) zeitigen, andererseits aber auch konstitutiv wirken (inkludierend/exkludierend). Wie unsere Analyse zeigt, zieht dies auch nicht intendierte Konsequenzen im Verhalten der EU nach sich.

Im Folgenden zeichnen wir zunächst knapp die theoretische Debatte über den Zusammenhang zwischen nationaler Identität und Außenpolitik nach, indem wir auf drei in diesem Forschungsfeld prägende Konzeptualisierungen eingehen und Defizite in der Forschungsliteratur aufdecken: die Endogenisierung von nationalen Identitäten; das Problem konkurrierender Identitäten und die Konzeptualisierung von Identitätswandel. Daran schließt sich die Präsentation des von uns genutzten diskursgebundenen Identitätsansatzes an und wir stellen die Methodik für den systematischen Vergleich der Diskurse und Identitäten vor. Schließlich stecken wir genau jenen Erklärungsraum ab, den wir mit unseren Beiträgen ausfüllen möchten. In einem kurzen Annex werden abschließend der Fragensatz sowie zentrale Begriffe der Diskursanalyse zum besseren Verständnis nochmals kurz erläutert.

I. Identitätsansätze in der Außenpolitikforschung

In der sozialkonstruktivistischen Außenpolitikforschung sind nationale Identitäten ein zentraler Erklärungsmechanismus für das variierende Verhalten machtpolitisch und institutionell ähnlicher Staaten (vgl. Wæver 2005: 34). Außenpolitische Identitäten sind zum Verständnis differierender Integrationswilligkeit westeuropäischer Demokratien ebenso herangezogen worden wie zum Nachvollzug des sicherheitspolitischen Verhaltens von Diktaturen und Anokratien in der Sowjetunion bzw. Russland (vgl. Hansen/Wæver 2002; Hopf 2002).

In der außenpolitischen Identitätsforschung können, ebenso wie in der sozialkonstruktivistischen Außenpolitikanalyse insgesamt, ein positivistischer Strang und ein interpretativer Strang unterschieden werden (vgl. Checkel 2008: 72). Der positivistische Strang, dem sich vor allem nordamerikanische Forscher zuordnen lassen, strebt danach, deduktiv falsifizierbare Hypothesen zu generieren: Aus einer gegebenen Identität wird ein bestimmtes Verhalten abgeleitet und dies einem Hypothesentest unterzogen (causes for action). Der interpretative Strang, der von europäischen Forschern bevorzugt wird, betont die Bedeutung von Sprache als Medium zur sozialen Konstruktion von Identitäten. Dabei steht nicht die (kausale) Frage im Vordergrund, wie Identitäten außenpolitisches Verhalten „beeinflussen“ (vgl. Wendt 1999: 77). Vielmehr wird untersucht, wie Akteure im Diskurs eine bestimmte Identitätsinterpretation durchgesetzt haben, welche dann ein bestimmtes Verhalten rechtfertigte (reasons for action). Interpretative Identitätsforscher fragen also primär induktiv

danach, wie es in einem gesellschaftlichen Diskurs möglich wurde, ein bestimmtes Verhalten „identitär“ gerechtfertigt erscheinen zu lassen (vgl. Barnett 1999: 10).

Zusätzlich haben sich zwei weitere Theorievarianten in der Identitätsforschung herausgebildet: Die systemische Variante (vgl. Wendt 1992, 1994, 1999) beschäftigt sich mit der Herausbildung und dem Wandel von sozialen Identitäten jenseits des Nationalstaates. In seiner „Social Theory of International Politics“ interpretiert Wendt die Ausbildung dieser Identitäten primär als Resultat internationaler Sozialisationsprozesse zwischen Staaten (vgl. Snyder 2005: 58). Wendt betont die Bedeutung „des Anderen“ für die Ausbildung der Vorstellung vom Selbst und nähert sich damit (auch sprachlich) der Rollenforschung in den Internationalen Beziehungen an (vgl. Hamisch et al. i. V.). Im Gegensatz zu Wendt betonen wir in unserem Beitrag nicht nur die Bedeutung des gesellschaftlichen Diskurses für die Entwicklung nationaler außenpolitischer Identitäten. Wir nehmen darüber hinaus die Kritik an Wendt auf (vgl. Zehfuss 2001) und erschließen auf diesem Weg die konstitutive und regulative Wirkung von Identitäten über die sprachliche Interaktion.

Die zweite Variante der Identitätsforschung, der nationale Strang, beschäftigt sich mit den Auswirkungen von Identitätskonstruktionen auf gesellschaftlicher Ebene (vgl. Larsen 1999; Prizel 1998; Bora 1995). In diesen, auf europäische Staaten bezogenen Studien wird Identität mit Nation verknüpft und so die europäische Entwicklung von Sprach-, Kultur-, und Staatsnationen abgebildet (vgl. Hedetoft 1995: 20-21). In der Regel folgt dieser Strang der Forschung einem „modernistischen“ Nationsverständnis: Eine Nation stellt danach keine quasi-natürliche kollektive Einheit dar, sondern „[...] eine gedachte Ordnung, eine kulturell definierte Vorstellung, die eine Kollektivität von Menschen als eine Einheit bestimmt“ (Lepsius 1999: 232).

1. Nationale und europäische Außenpolitik

Identitätsansätze in der Außenpolitikforschung stehen nicht nur vor der methodischen Herausforderung, die Verteilung von sozialen Werten durch die Rekonstruktion von Diskursen für die Analyse staatlichen Außenverhaltens nutzbar zu machen. Wenn sie nationalstaatliches Verhalten in und jenseits der EU erklären und verständlich machen möchten, müssen sie auch die diskursiven Möglichkeitsräume ausleuchten und ermessen, inwiefern diese die Ausbildung einer „gemeinsamen europäischen Identität“ ermöglichen oder verhindern (reasons for action).

Dass nationalstaatliche Außenpolitiken weiterhin einen prägenden Einfluss auf das EU-Außenverhalten haben, ist keineswegs unumstritten (vgl. White 2004: 60). In der Mehrzahl der englisch- und deutschsprachigen Überblickswerke zur EU-Außenpolitik spielen sie in der Forschungssystematik keine oder nur eine untergeordnete Rolle.³ Indes zeigen diverse Studien zum auswärtigen Handeln der EU das Beharrungsvermögen nationalstaatlicher Außenpolitiken:

3 Vgl. so insbesondere die Beiträge von Hill/Smith (2005), Tonra/Christiansen (2004), Cameron (2007), Carlsnaes/Sjursen/White (2004), Smith (2002), K. Smith (2003), M. Smith

- Weder auf der Ebene der Politiken (vgl. Hill 1998: 36), noch auf der Ebene der Politikgenerierung (vgl. Morisse-Schilbach 2006) lassen sich nachhaltige Sozialisierungseffekte nachweisen;⁴
- Politikfeldspezifische Analysen machen sichtbar, dass sich die EU bisweilen schwer tut, überhaupt zu einer Interessenartikulation nach außen zu kommen („upload problem“). Zwei Beispiele aus Politikfeldern mit unterschiedlichem Vergemeinschaftungsgrad verdeutlichen dies: In der Uruguay-Runde des GATT (1986-1994) kam es zu einer fast dreijährigen Totalblockade aufgrund der Divergenzen der Mitgliedstaaten (vgl. Lütticken 2006) und in der Irak-Krise 2002/03 blieb die GASP praktisch stumm (vgl. Hill 2004: 152);
- Der für die vergleichende Europaforschung formulierte Befund, dass wir noch immer über ein begrenztes Wissen von Politikkonvergenz verfügen (vgl. Knill 2005: 765), gilt noch weitaus stärker für den Bereich der Sicherheitspolitik.

Aus diesem Befund leiten wir zwei konkrete Aufgaben ab: Zum einen wollen wir theoretisch und methodisch die Lücke zwischen der nationalstaatlichen und der EU-Ebene schließen, indem wir die konstitutive und regulative Wirkung nationaler außenpolitischer Identitäten auf die EU-Akteursschaft und deren Handeln untersuchen. Zum anderen fragen wir nach Politikkonvergenz in der EU-Sicherheitspolitik, indem wir analysieren, wie der Kosovo-Konflikt in den Mitgliedstaaten diskursiv verarbeitet wurde.

2. Erkenntnisse und Forschungsdesiderate

Im Zentrum identitätsgestützter Außenpolitikforschung steht die Wirkung nationaler Selbstvorstellungen auf die Interessenbildung und das außenpolitische Handeln kollektiver Akteure in der internationalen Politik. Identitätsansätze lassen sich danach unterscheiden, ob eher die regulativen oder die konstitutiven Wirkungen der nationalen Identitäten betont werden.

Im deutschsprachigen Raum hat das Forschungsteam um Thomas Risse Ende der 1990er Jahre eine Konzeptualisierung der nationalen Identitäten Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und Deutschlands vorgelegt und untersucht, wie diese auf unterschiedliche Weise europäisiert wurden (vgl. Marcussen et al. 1999). Nationale Identität – so eine wichtige Prämisse der Gruppe um Risse – vermag als kollektives und soziales Phänomen auf der gesellschaftlichen Ebene zwar nicht direkt politische Entscheidungen zu bestimmen, sie formt aber Interessen und Präferenzen des jewei-

(2003), Bretherton/Vogler (2006), Ambos/Mahncke/Reynolds (2004) sowie Schubert/Müller-Brandeck-Bocquet (2000), Jopp/Schlotter (2007) und Fröhlich (2007). Neuerdings jedoch Keukeleire/MacNaughtan (2008): 124-126.

4 Christopher Hill (1997: 96) nennt als Gründe für das Beharrungsvermögen nationaler Politiken, die kaum noch effektive Problemlösungen anzubieten vermögen, die „Last der Geschichte, Nationalismus, Verfassungstraditionen, verschiedene nationale Interessenartikulation sowie die Beharrungskraft nationaler Bürokratien“.

ligen Landes (vgl. Risse 1999: 157). Um herauszufinden, unter welchen Bedingungen und wann dies geschieht, entwickelte die Gruppe Idealtypen europäischer Identitäten (vgl. Marcussen et al. 1999: 618): *Europe of nation-states*; *Europe as a community of values*; *Europe as a third force*; *Europe as part of the western community* und *a christian Europe*. Die empirische Unterfütterung dieser Idealtypen erfolgte durch die Auswertung von nationalen Diskursen der Zwischenkriegszeit sowie transnationaler Europabewegungen der 1950er Jahre (vgl. Risse 2001: 203). Die nationalen Identitätskonstruktionen wurden durch die jeweiligen Eliteneinstellungen zu „Europa“ ermittelt (vgl. ebd. 199). Für das Vereinigte Königreich, Frankreich und Deutschland wurde eine Längsschnittanalyse über die Veränderung der Identität vorgelegt. Einen beobachteten Identitätswandel – wie in Frankreich – erklären Marcussen et al. (1999: 628-629) damit, dass im Falle einer wahrgenommenen Krise (critical juncture) die politischen Eliten identitäre Begründungszusammenhänge dazu nutzten, neue Handlungsempfehlungen zu schaffen. Die Eliten wählten dazu Argumente mit der größten „Resonanz“ in der nationalen Identitätskonstruktion (resonance assumption). Sie tun dies aus einem instrumentellen Interesse heraus, um an der Macht zu bleiben (interest assumption). Sind die neuen Handlungsempfehlungen erst einmal von der Gesellschaft akzeptiert, werden sie internalisiert und institutionalisiert (socialisation assumption). Ein Ergebnis dieses Sozialisationsprozesses ist, dass Europäer sowohl ihre eigene Zugehörigkeit zu Europa als auch die Herausbildung einer europäischen Identität verschieden betrachten (vgl. Risse 2002: 80).

Aus den Untersuchungen folgerten Risse et al., dass Identitäten erstens einen außenpolitischen Möglichkeitsraum etablieren, aus dem sich Interessendefinitionen speisen und Verhaltensoptionen ausgewählt werden. Zweitens seien Identitäten resistent und veränderten sich nur sehr langsam (vgl. Risse 2001: 214). Drittens zeige der Befund, dass nationale Identitäten unverzichtbar zur Erfassung und Erklärung einer wie auch immer gearteten europäischen Identität seien (vgl. Maier/Risse 2003: 8). Des Weiteren behalte die sogenannte Resonanzhypothese ihre Gültigkeit. Sie besagt, dass Argumente umso überzeugender wirken, je mehr sie mit den Erfahrungen der Zuhörerschaft bzw. mit gesellschaftlich geteilten Normen und Prinzipien übereinstimmen (vgl. Risse 2003: 115).

In den Arbeiten des Projektteams werden die regulativen Wirkungen bspw. in der Währungspolitik oder Sanktionspolitik gegenüber Österreich betont (vgl. Risse et al. 1999; Maier/Risse 2003). Die konstitutive Wirkung für die Akteursschaft und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union tritt in den Hintergrund. Neben dieser abweichenden Schwerpunktsetzung sind es vor allem methodische Einwände, welche die Ergebnisse der regulativen Wirkungsanalyse schmälern. Erstens entstammen die empirisch generierten identitären Idealtypen dem Nischendiskurs der Europabewegungen und werden nachhaltig durch den identitären Sonderfall Frankreich geprägt. So hat die Identität *Europe as a Third Force* mit der Ausnahme Frankreichs nur in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine nennenswerte Rolle gespielt (vgl. Loth 1996: 28-47). Aus dem gleichen Grund bleibt unklar, inwieweit diese Idealtypen tatsächlich auch Realtypen darstellen. Zweitens werden die genannten Idealtypen nicht für einen systematischen nationalen Vergleich herangezogen, so dass

gemeinsame und abweichende Identitätsverschiebungen nicht erfasst werden können. Des Weiteren schwankt der Forschungsansatz zwischen einem multiplen und einem unitarischen Identitätsverständnis. So wird einerseits eingeräumt, dass Individuen und Kollektive multiple Identitäten aufweisen können (vgl. Risse 2001: 198) – als Metapher wird hier der Marmorkuchen („marble cake“) eingeführt (Risse 2004: 251). Andererseits nimmt das Projekt an, dass sich (kollektive) nationale Identitäten als Ganze drastisch und nachhaltig gewandelt haben. Drittens schließlich wird Sozialisierung von Partieliten als primärer kausaler Mechanismus für den Zusammenhang zwischen Identitäts- und Verhaltenswandel eingeführt. Diese Engführung bringt es zum einen mit sich, dass die Bevölkerungen weitgehend ausgeblendet bleiben. In Gesellschaften, deren außenpolitische Einstellungen durch einen *élite-mass split* gekennzeichnet sind – wie Italien oder die Niederlande – ist dies problematisch. Zum anderen ignoriert eine Fokussierung auf Partieliten die Rolle anderer Eliten – wie etwa die der französischen Intellektuellen. Im Ergebnis werden durch diesen methodischen Bias durch die Regierung initiierte Anpassungsleistungen identitär überhöht – etwa der unterstellte französische Identitätswandel in der Wirtschafts- und Europapolitik Anfang der 1980er Jahre. Der Blick für konkurrierende Identitäten innerhalb einer Gesellschaft wird so verstellt.

Neben der Fokussierung auf die regulative Wirkung unterscheidet sich der Ansatz von Thomas Risse von dem hier gewählten Forschungsdesign vor allem dadurch, dass Risse et al. ihre Identitätstheorie nicht diskursanalytisch unterlegt haben. Durch diese Vorgehensweise wird nicht nur die Auswahl der Idealtypen eingeschränkt und die Anzahl identitätsstiftender Akteure vorab begrenzt. Mit der Annahme, dass politische Eliten im Krisenfall diejenige identitätsgebundene politische Option wählen, die ihnen Machterhalt verspricht, wird unseres Erachtens das mögliche Handlungsspektrum unnötig auf eine konsequentialistische Logik begrenzt. Individuelle und kollektive Lernprozesse in Krisen und deliberative Überzeugungsprozesse als Ausgangspunkte für Identitätsveränderungen werden ausgeblendet.

Trotz dieser Einwände greifen wir viele der Grundannahmen und der instruktiven empirischen Ergebnisse des Risse-Projektes auf. Wir gehen aber in zweierlei Hinsicht über dessen Forschungsansatz hinaus: Zum einen widmen wir uns der regulativen und der konstitutiven Wirkung von Identitäten. Damit unterlassen wir es bewusst, eine Entscheidung in der wissenschaftstheoretischen Grundsatzdebatte darüber zu treffen, ob eine kausalanalytische oder eine konstitutivanalytische Vorgehensweise Vorrang genießen sollte (vgl. Kurki 2006).⁵ Zum anderen entwickeln wir

5 In der sozialkonstruktivistischen (Identitäts-)Forschung wird der Zusammenhang zwischen Akteur und Struktur so konzeptualisiert, dass Akteure (z. B. Staaten) von Strukturen (z. B. Institutionen) geprägt werden. D. h.: Die in diesen Institutionen eingelassenen Normen regulieren das Verhalten von Akteuren. Kausalanalytisch gewendet heißt dies, dass diese Normen (durch die Akzeptanz des Akteurs) Verhalten verursachen. Normen regulieren aber nicht nur Verhalten, sondern geben Akteuren auch ihre Identität, indem sie angemessenes Verhalten für einen bestimmten Akteurstyp vorschreiben und damit über die Akzeptanz der Norm zu einer bestimmbar Selbstwahrnehmung, der Konstitution des Akteurs führen, z. B. als gleich-

den vergleichenden Analysefokus des Risse-Projektes dahingehend weiter, dass wir auch die Genese und Veränderung von Identitäten in nationalstaatlichen Diskursen auf der Grundlage von Realtypen betrachten.

Verglichen mit dem Ansatz von Risse et al. leistet die Kopenhagener⁶ Forschungsgruppe um Ole Wæver einen substanzielleren Beitrag hinsichtlich der Konstitution und Genese von Identitäten durch Diskurse. Ausgangspunkt des Bandes („European Integration and National Identity. The Challenge of the Nordic States“) ist die Beobachtung, dass die Integrationsbereitschaft der nordischen Staaten schwach ausgeprägt ist und die Gesellschaften in der Europafrage gespalten sind (vgl. Hansen 2002: 2). Wæver (2004: 205-206) argumentiert, dass der Schlüssel zum Verständnis dieses Phänomens in der Beziehung Staat-Nation liege. Strukturorientierten Identitätsansätzen falle es schwer, Wandel zu erklären (vgl. Wæver 2002: 22; Risse 1999: 43). Die Autoren legen ein Modell vor, das Aussagen darüber macht, welche Außenpolitik nicht möglich ist (Wæver 2002: 32), so dass Wandel als Veränderung des Möglichkeitsraumes von Außenpolitik konzeptualisiert wird.

Um Veränderungen im Diskurs und damit auch im Verhalten abbilden zu können, präsentieren Wæver et al. ein dreistufiges Schichten-Modell: Die oberste Schicht bilden die „outcomes“ der Europapolitik, die zweite Schicht enthält die diskursive Konstruktion des politischen Europa; die unterste Schicht beinhaltet die diesen zugrundeliegenden (diskursiven) Einstellungen zu Staat und Nation (vgl. ebd.: 33). Den Diskursen kommt so eine entscheidende Bedeutung zu: Sie können die Außenpolitik eines Staates hinreichend erklären, indem sie daraufhin befragt werden, wie es möglich wurde, dass eine bestimmte außenpolitische Handlung erwogen wurde und im Diskurs als gerechtfertigt erschien (vgl. ebd.: 20).⁷

Das hier vorliegende Forschungsprojekt folgt der Kopenhagener Diskursanalyse in wichtigen konzeptionellen Schritten, wie dem Konzept der Diskursschichten und der Loslösung von einem strikt kausalanalytischen Wissenschaftsverständnis (vgl.

berechtigtes Mitglied einer internationalen Institution (vgl. Kratochwil/Ruggie 1986: 764-765; Jepperson et al. 1996: 46, 54). Konstitutionsanalytisch ermöglichen Normen also erst die Selbstwahrnehmung des Akteurs, etwa als (gleichberechtigtes) EU-Mitglied. Indem wir diese doppelte (konstitutive und regulative) Wirkung von Normen unterstellen, gehen wir nicht von einer alleinigen Beeinflussung des Akteurs durch Strukturen, sondern vielmehr von einem konstitutiven Verhältnis von Akteur und Struktur aus.

6 Es gilt zu bedenken, dass hier einige Autoren (Ole Wæver, Lene Hansen, Hendrik Larsen, Ulla Holm) unter dem gemeinsamen Label der Kopenhagener Schule firmieren, die im Detail durchaus unterscheidbare Ansätze vertreten. Ian Manners (2002: 17) weist darauf hin, dass die sicherheitspolitische Kopenhagener Schule (Buzan, Kelstrup) wenig mit der integrativen (Christiansen, Hansen) zu tun habe. Ole Wæver wäre als einziger beiden Schulen zuzurechnen.

7 In diesem Punkt sind sich die Herausgeber nicht einig. Lene Hansen (2002: 8) weist darauf hin, dass Legitimationen (und damit Diskurse) schlecht „erklären“ können. Ulla Holm (1997: 144-145) sieht die Grenzen der Diskursanalyse in ihrer Arbeit über Frankreich wie folgt: „[...] discourse analysis cannot say which policy will prevail and cannot measure how much external pressure is needed before France acts but can say a lot about tensions, the struggles concerning what gives meaning in the domestic arena.“

auch Hansen 2006: 5). Wir unterscheiden uns von der Kopenhagener Schule aber in mehreren Punkten: Erstens in der Bearbeitung des Endogenisierungsproblems von Identitäten. Wæver et al. nutzen hierfür eine historisch offene Herleitung, während die Gruppe um Risse auf Idealtypen zurückgreift. Demgegenüber wählen wir den Weg über zeithistorische Vorstudien, indem jeweils zwei außenpolitische Nachkriegsdiskurse rekonstruiert werden. Auf diese Weise können wir im Vergleich zum idealtypbasierten Konzept die Eigenheiten der nationalen Diskurse besser erfassen, und im Gegensatz zur historisch offenen Methode auch Identitätselemente jenseits der Staat-Nation-Beziehungen ausmachen. Darüber hinaus hat die hier gewählte Herangehensweise den Vorteil der methodischen Sparsamkeit und erhöhten Treffsicherheit.

Zweitens können in unserem Ansatz aus den zeithistorisch erfassten diskursiven Lagern und den grundsätzlichen außenpolitischen Positionen langfristig stabile Diskursmuster herausgearbeitet werden, die in Konkurrenz zueinander stehen. Damit stellen wir diskursive Kontinuität nicht grundsätzlich in Abrede, adressieren aber das Problem der „konkurrierenden“ Identitäten schon im Forschungsdesign. Wir zielen damit auf die diskursanalytische Erhebung von konkurrierenden Identitäten, so dass Identitäts- und Verhaltenswandel auch jenseits eines umfassenden, auf die Struktur des Diskurses wirkenden Identitätswandels operationalisierbar wird.

Drittens erlaubt uns ein strukturiert-fokussierter Diskursvergleich qualifizierte komparative Aussagen über die „Macht der Diskurse“ in den Untersuchungsstaaten und deren Rückwirkung auf die EU-Außenpolitik. Viertens schließlich löst sich der hier vorgestellte Ansatz auch von der Fixierung auf die Europapolitik und betritt mit der vergleichenden Außen- und Sicherheitspolitik identitätstheoretisches Neuland.

Unser Ansatz folgt damit nicht der Mehrzahl der kausalanalytischen Identitätsansätze, sondern einem reflexiven Identitätsverständnis, welches die konstitutiven Wirkungen von Diskursen in den Blick nimmt und auch deren nicht intendierte Konsequenzen für die Akteursschaft der Europäischen Union betrachtet. Mit unserem diskursbasierten Ansatz fügen wir uns in die vergleichende sozialkonstruktivistische Sicherheitspolitikforschung und die Analyse des EU-Außenhandelns ein. Unser theoretischer Anspruch zielt aber auf die Bewältigung folgender Lücken in der Identitätsforschung:⁸

- das Problem der Endogenisierung von Identität oder die Beantwortung der Frage, wie die jeweilige nationale Identität inhaltlich gefüllt wird. Wæver (2004: 204) etwa hat für die Diskursanalyse darauf hingewiesen, dass der Gebrauch von Idealtypen unangebracht sei, weil dies ihrer Grundidee widerspreche.⁹ Diese Kritik kann auf die Identitätstheorie übertragen werden. Eng

8 Vgl. auch Stahl (2006: 31-42). Aus Sicht der Diskurstheorie ähnlich: Wæver (2004: 201-207).

9 „The use of ideal types is ‚un-discursive‘. It goes against the basic idea of discourse analysis where no categories are universally valid: different discourses construct concepts and ideas

verknüpft mit dem Problem der Aufladung der nationalen Identität ist das der historischen Tiefe: Wie weit muss ein Identitätsansatz in die Geschichte einer Nation zurückgehen, um die „relevante“ Identität aufzuspüren?¹⁰ Französische Identitätsansätze etwa rekurrieren auf Frankreichs Rolle als Großmacht seit dem 17. Jahrhundert und die Werte der Französischen Revolution, während Identitätstheoretiker für Deutschland den Ausgangspunkt ihrer Analysen ganz überwiegend bei der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs ansetzen (vgl. Banchoff 1999; Markovits/ Reich 1997).

- das Problem der konkurrierenden Identitäten: Wenn es mehrere historisch relevante Identitätskonstruktionen gibt, welche gewinnt wie und wann die Oberhand im Diskurs? Wird Identität diskursiv erhoben, dann besteht die Herausforderung für einen Identitätsansatz darin, „[...] jene Mechanismen aufzudecken, die zeigen, warum und wann sich ein Diskurs gegen einen anderen durchsetzt“ (Harnisch 2003: 338).
- das Problem des Verhältnisses von Identitätswandel und Verhaltenswandel. Wenn Identität distinkt von Verhalten und Entscheidung analysiert werden kann, bedarf es einer Fallunterscheidung, was sich wann unter welchen Bedingungen wandelt. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die „Vor- und Nachzeitigkeit“ von Identität und Verhalten zu richten: Inwieweit etwa bedarf ein Verhaltenswandel immer eines vorherigen Identitätswandels?
- das Problem des Vergleichs von Identitäten. Da Identitätsstudien sich besonders dazu eignen, Idiosynkrasien von Außenpolitiken zu verstehen, ergeben sich erhöhte Anforderungen an einen aussagekräftigen Vergleich: Welche Aspekte einer Identität können wie verglichen werden?

Als Forschungsdesign erscheint der hier gewählte diskursbasierte Identitätsansatz gut geeignet, die vier vorgestellten Probleme erfolgreich zu adressieren und darüber hinaus qualifizierte Aussagen zu ermöglichen, inwiefern die spezielle Konstitution nationaler Identität die Herausbildung eines europäischen Akteurs behindert oder befördert. In der untenstehenden Tabelle haben wir – bezogen auf das Gesamtprojekt – nochmals jene Teile identifiziert, die den identitätstheoretischen Mehrwert des Ansatzes erbringen sollen.

differently, and therefore, it is surprising to see ideal types derived from general overarching considerations and then used as boxes into which discourses fit.“

10 Die Beantwortung dieser Frage hängt unter anderem davon ab, welcher Nationalismustheorie man anhängt, da diese die „Geburt“ einer Nation und mithin den Ursprung ihrer nationalen Identität sehr verschieden datieren, vgl. Breuilly (2005).

Abbildung 1) Der Mehrwert des Ansatzes (Darst. d. Verf.)

Probleme der Forschung	Stand der Forschung	Mehrwert des Ansatzes	Quelle
Endogenisierung von Identität	Idealtypen; historisch offene Konzeptualisierung; Staat-Nation Verhältnis	Rekonstruktion von zwei historischen Diskursen; Ermittlung langfristig stabiler „Identitätselemente“	Theoretisch: Abschnitt II in diesem Kapitel; empirisch: Joeriben/Stahl (2003: 159-367); Kontextstudien in den Länderfallanalysen des Bandes
Konkurrierende Identität	Konzeptionell nicht erfasst	Konzeptualisierung über „Diskursformationen“ und „Diskurshegemonie“	Abschnitt II in diesem Kapitel
Identitätswandel	Durch Sozialisation; ansonsten nur „negative predictions“	Durch neue Diskurshegemonie möglich; Fallunterscheidung in Bezug auf Verhaltenswandel	Abschnitt II in diesem Kapitel
Diskursvergleiche	Nur für Europapolitik	Sicherheitspolitischer Fünfländervergleich mit einheitlichem Fragensatz	Abschnitte II, III und IV in diesem Kapitel

II. Eine diskursgestützte Identitätstheorie: der Beitrag des Projektes

Um dem Anspruch des Projektes gerecht zu werden, einen theoretischen und systematisierenden Mehrwert für die vergleichende EU-Außenpolitikforschung zu leisten, muss die Konzeption dieses Bandes beide eingangs erwähnten Nexus berücksichtigen – jenen zwischen nationaler Identität und Konstitution der Akteursschaft sowie jenen zwischen Akteursschaft und Außenpolitikhandlungen gegenüber dem Kosovo (vgl. Abschnitt III in der Einleitung zu diesem Band). Aus der Perspektive eines reflexiven Sozialkonstruktivismus trägt die Konzeption somit regulativen wie konstitutiven Wirkmechanismen Rechnung. Da Akteurskonstitution und Verhaltensregulierung eng zusammenhängen, sich sogar bedingen, scheinen beide Wirkungen von Identitäten in mehreren Beiträgen auf. Im Schwerpunkt widmen sich die Länderfallstudien im vierten Kapitel dem Zusammenhang zwischen nationalen Identitäten in den kosovopolitischen Diskursen und der Konstitution der EU als Akteur während der Konfliktregulierung 1996-1999 (Nexus 1). Der vorherige Beitrag von Veit Swoboda und Bernhard Stahl, vor allem aber die mit dem Post-Konfliktmanagement der EU bis 2008 befasste Analyse von Hansfrieder Vogel fokussieren auf die Verbindung zwischen der spezifischen Akteursschaft der EU und den resultierenden Politiken, respektive der Effekte auf die Konfliktparteien (Nexus 2).

Im Folgenden entfalten wir unsere Vorgehensweise entlang der skizzierten vier Problemkreise der nationalen Identitätsforschung. Dabei werden die zentralen Analysekategorien eingeführt, die Methodik der Diskursanalyse vorgestellt und die

Verbindung mit dem Akteursschaftansatz von Jupille und Caporaso etabliert. In einem Anhang werden abschließend der Fragensatz für die Diskursanalyse sowie die Grundbegriffe der diskursanalytischen Methode erläutert.

1. Das Problem der Endogenisierung von nationaler Identität

In einer sozialkonstruktivistischen Untersuchung, die die regulative und konstitutive Wirkung von nationaler Identität analysiert, bedarf diese der Endogenisierung, d. h. es muss geklärt werden, wie eine spezifische Identität entstanden ist und sich ausgeformt hat (vgl. Cedermann/Daase 2003). Die Operationalisierung einer solchen Identitätskonstruktion erfolgte in der Literatur bisher – wie oben erläutert – überwiegend durch selektive historische Nacherzählungen, die zumeist zeitlich und inhaltlich offen blieben. In unserer Untersuchung der EU-Kosovopolitik kann zur Endogenisierung der nationalen Identitäten auf Vorstudien aus dem Vorgängerband zurückgegriffen werden (vgl. Joerißen/Stahl 2003). Sie etablieren in einem ersten Schritt, wer, was, wann, wo und inwiefern als Identität sprachlich konstruiert. Konzeptionell wird so der Forderung nach einer chronologisch vorgelagerten Bestimmung einer nationalen Identität Rechnung getragen, um Tautologien zu vermeiden. Diese historischen nationalen Identitäten begreifen wir als aus aktiven und inaktiven Elementen zusammengesetzte Konstrukte (vgl. Nadoll 2003a: 168). Identität wird mithin nicht konstant und einheitlich modelliert, sondern als Ansammlung von „Identitätselementen“. Die nationale Identität einer Gesellschaft zeichnet sich demzufolge durch das gleichzeitige Aktivsein mehrerer solcher Identitätselemente aus. Ein Identitätselement soll als „letztgültiges Argument“ in Diskursen über Außenpolitik verstanden werden, das einen Bezug zum Eigenen aufweist, z. B. *Deutschland in Europa* oder *Deutschland als Teil des Westens*. Durch ein Identitätselement wird ein Bezug zum eigenen Land hergestellt, der keiner weiteren Begründung bedarf, sondern als konsensualer Ausgangspunkt von Argumentationsketten fungiert.

Mit dieser Operationalisierung von Identität gehen einige wichtige konzeptionell-methodische Vorteile einher: Zum einen können mehrere Identitätselemente gleichzeitig wirkungsmächtig sein, so dass sich die Analyse nicht auf ein oder zwei Elemente – bspw. das Staat-Nation-Verhältnis – verengen muss. Auf diese Weise wird die Besonderheit einer nationalen Identitätskonstruktion adäquater berücksichtigt. Zum anderen bedeutet die Einführung von einzelnen Identitätselementen, dass konkurrierende Identitäten leichter und präziser erfasst werden können. So lassen sich bspw. Identitätskonstruktionen identifizieren, die von Bevölkerung und Elite in unterschiedlicher Weise getragen werden (*élite-mass split*, vgl. Nadoll 2001: 10). Schließlich kann auf diese Weise „diskursives Verschwinden“ (*discursive disappearance*; Hansen 2006: 44) operationalisiert werden, eine Beobachtung, wonach Identitätselemente in manchen Diskursen nicht auftauchen, wenngleich sie in verschiedenen historischen Phasen aktiv waren und somit in zukünftigen Diskursen „wiederbelebt“ werden können.

In unserer Diskursanalyse gleichen die Vorstudien über die historischen Diskurse Baumschnitten, welche die Vergangenheit und die Beschaffenheit des Baumes abbilden. Um selektive Verzerrungen zu vermeiden, wurden zwei Diskurse je Land ausgesucht, die mehrere Jahrzehnte auseinander liegen. Diese Art zielgerichteter historischer Rekonstruktion leistet die Ermittlung der letztgültigen Argumente bzw. Identitätselemente, der in dem jeweiligen Land typischen außenpolitischen Argumentationsmuster, der historisch wirksam gewordenen diskursiven Lager sowie ihrer wichtigsten Akteure. Für den vorliegenden Band konnten wir auf frühere PAFE-Analysen zurückgreifen, die wir jeweils in den Kontextstudien zu den Diskursanalysen im vierten Kapitel zusammenfassen.

Abbildung 2) Vorstudien zur Ermittlung nationaler Identitäten (Darst. d. Verf.)

Mitgliedsland	Historische Diskurse	Quelle (PAFE-Analyse)
Vereinigtes Königreich	Suez-Krise (1956) Falkland-Krieg (1982)	Weick (2004: 36-47) Weick (2004: 48-58)
Niederlande	Dekolonisation Ostindiens (1944-1948) NATO-Doppelbeschluss (1978-1984)	Boekle (2003) Löhr (2003)
Deutschland	Wiederbewaffnung (1950-1955) Out-of-area-Einsätze (1990-1995)	Nadoll (2003b) Katsioulis/Nadoll (2003)
Frankreich	EVG (1950-1954) Maastricht-Referendum (1992)	Stahl (2006: 113-124) Stahl (2006: 124-135)
Griechenland	Beitritt zur EG (1976-1979) Mazedonien-Frage (1991-1995)	Katsioulis (2003a) Katsioulis (2003b)

2. Das Problem konkurrierender Identitäten: Diskursanalyse als Lösung

Nationale Identitäten bilden einen diskursiv vermittelten Rahmen, innerhalb dessen ein außenpolitisches Verhalten von allen Mitgliedern der Gesellschaft als angemessen akzeptiert wird. Diese Rahmen sind sehr weit gefasst. Sie bieten ein „Angebot“ von Rechtfertigungen (reasons for action), aus denen politische Akteure schöpfen können (vgl. Marcussen et al. 1999: 629; Cruz 2000: 277).

Die Herausbildung einer spezifischen nationalen Identität und ihre inhaltliche Veränderung sind dabei immer das Ergebnis sozialer Interaktion und Kommunikation (vgl. Mead 1973: 222, 244-245). Es ist daher plausibel, das Konzept der nationalen Identität mit einer Diskursanalyse zu verknüpfen (vgl. Larsen 1997: 3-33). Diskursanalysen gehen von einer indirekten Beziehung zwischen außenpolitischem Verhalten (Ergebnis von Entscheidungen) und Identität (Grundlage für Begründungen und Empfehlungen) aus. Das entscheidende Bindeglied zwischen beiden ist der Diskurs.

Der Begriff „Diskurs“ wird hier verstanden als eine kommunikative Interaktion, in der versucht wird, Identitätselemente und Handlungspräferenzen im Wege einer

konsistenten Argumentationsführung miteinander zu verbinden. Politische Diskurse erfüllen dabei in demokratischen Gesellschaften verschiedene Funktionen (vgl. March/Olsen 1995: 45, 66): Sie formen politische Diskussionen, indem sie politische Ereignisse erklären, politische Handlungen rechtfertigen, historische Erinnerungen (re-)interpretieren und Identität (re-)konstruieren. In Diskursen wird eine Vernunftauffassung, ein „common sense“ geschaffen, der von weiten Teilen der Bevölkerung geteilt wird. Durch Diskursanalysen kann verdeutlicht werden, wie eine Gesellschaft politische Optionen strukturiert und limitiert, so dass Entscheidungsträger nur ganz bestimmte Optionen „angemessen“ finden bzw. als vertretbar darstellen (vgl. Westlind 1996: 116).

Der Diskurs (Einleitung und Verlauf) wird wesentlich nur durch aktive Teilnehmer bestimmt. Akteure, die aufgrund der Verfassung eines Landes eine herausgehobene Stellung in politischen Diskursen haben, können als „*privileged storyteller*“ (Milliken 1999: 236) bezeichnet werden. Dies bedeutet zugleich, dass Diskurse nicht herrschaftsfrei sind oder immer eine ideale Sprechsituation darstellen. Vielmehr sind sie immer Machtkämpfe um Deutungshoheit (vgl. Torfing 2005: 15, 23).

Gelingt es einer Gruppe von Diskursträgern, sich mit ihren Argumentationsmustern durchzusetzen, haben sie „Diskurshegemonie“ erlangt.¹¹ Der dominante Diskurs stimmt (idealiter) am meisten mit allgemeinen Erfahrungen überein. Ihn umgibt daher ein „Mantel der Normalität“ (Bach 1999: 50).

Um die Öffentlichkeit von der Überlegenheit ihres Arguments zu überzeugen, versuchen Diskursträger, ihre Argumente identitär zu „erden“, d. h. mit einem aktiven Identitätselement zu verknüpfen. Identitätselemente können hierbei in verschiedener Weise argumentativ verwendet werden. Im Extremfall können völlig verschiedene politische Handlungsempfehlungen im selben Element gründen: So kann bspw. mit dem Bezug auf den Zweiten Weltkrieg und die daraus erwachsende „deutsche Verantwortung“ sowohl ein Abseitsstehen von Konfliktinterventionen als auch ein militärisches Eingreifen Deutschlands gerechtfertigt werden (vgl. Schwab-Trapp 2002: 349). Möglich ist auch, ein vormalig passives Identitätselement wiederzubeleben, indem es im Verlauf des Diskurses rekonstruiert und vor dem Hintergrund der spezifischen Handlungsweise neu mit Bedeutung versehen wird.

Wesentlich bei dem Ringen um Diskurshegemonie und linguistische Dominanz sind nach Townson (1992: 25-33) drei Strategien:

- *naming* (Begriffsschaffung und -etablierung): die Einführung und Etablierung neuer Begriffe in einem Diskurs, z. B. „Friedenstruppen“;
- *referencing* (Einordnung): Hierbei wird versucht, Verbindungen zu bereits existierenden Begriffen herzustellen, die positive Konnotationen aufweisen, aber ideologisch ungebunden sind (z. B. Moral, Verantwortung);

11 Das Konzept der Diskurshegemonie (häufiger, mit abweichender Bedeutung: „hegemonialer Diskurs“) hat Eingang in verschiedene sozialwissenschaftliche Disziplinen gefunden. Beispiele sind die Arbeiten von Laclau/Mouffe (1985) in der Tradition Gramscis über „Hegemony and Socialist Strategy“ sowie Townsons (1992: 25-33) Ansatz zur „linguistic dominance“.

- *signifying* (Deutungsmonopolisierung): in einem spezifischen Diskurs die Behauptung aufrecht erhalten zu können, als einziger die „wahre“ Bedeutung eines Wortes zu kennen.

Wer innerhalb eines Diskurses in der Lage ist, diese drei Strategien erfolgreich zu kombinieren, erlangt die Kontrolle über die Bedeutungszuweisung von Worten (linguistische Dominanz) und damit über den Diskurs selbst (Diskurshegemonie).

Wie lässt sich nun methodisch feststellen, welches Argumentationsmuster und welche Handlungsanweisung die Diskurshegemonie erreicht haben? Ein Indikator ist, dass viele bedeutende Diskursträger sie verwenden, also ähnlich argumentieren. Wird das Argument hingegen von vielen Diskursträgern angegriffen oder gar verworfen, dann kann dies als Indiz für das Gegenteil gewertet werden. Ein zweiter wichtiger Indikator sind nachfolgende Diskurse – wenn die gleichen Muster wieder Verwendung finden. Drittens kann die Bevölkerungs- und Elitenmeinung herangezogen werden, wenn bspw. in Umfragen nach der Überzeugungskraft einzelner Argumente gefragt wird. Stehen dergestalt spezifische Umfragen nicht zur Verfügung, werden wir ergänzend solche Umfragen berücksichtigen, die danach fragen, ob die Bevölkerung mit der Politik ihrer Regierung zufrieden war. Dies wird als ein Indikator für die Überzeugungskraft der Regierungsrhetorik gewertet.

Welche Argumentationsmuster und Handlungsempfehlungen in einer Gesellschaft dominant werden können, bestimmt sich auch durch die Pfade, denen ein außenpolitischer Diskurs in einer Gesellschaft üblicherweise folgt. In demokratischen Staaten ist er wesentlich durch den Verfassungstext und die Verfassungspraxis bestimmt. Diese gesellschaftlichen Resonanzbedingungen, dieser vorgezeichnete „Diskursweg“ umfasst die beteiligten Personen, Gruppen und Institutionen und wird hier als „Diskursstruktur“ bezeichnet.¹² Da sich die Diskursstrukturen in verschiedenen Gesellschaften voneinander unterscheiden, muss eine Diskursstrukturanalyse einer inhaltlichen Diskursanalyse stets vorausgehen.

Wendet man diesen Befund konkret bei der Lösung des „Konkurrenzproblems“ an, dann können in Diskursanalysen nicht Auseinandersetzungen zwischen Identitätselementen und Argumentationsmustern untersucht werden. Denn in einer außenpolitischen Debatte können sich diskursive Lager herausbilden, die ähnliche Identitätselemente und Argumentationsmuster verwenden, jedoch zu anderen, gegenteiligen Handlungsempfehlungen gelangen. In (innen)politischen Auseinandersetzungen in europäischen Gesellschaften werden diese Lager in der Regel durch Parteien verkörpert. Viele Studien zur Außenpolitikanalyse wählen zur Bestimmung der außenpolitischen Willensbildung Parteien oder Parteienbündnisse als Untersuchungs-

12 Die Bedeutung der Diskursstruktur weicht hier ab von dem in der Kritischen Diskursanalyse verwendeten Begriff der „discourse structure“, die auf die Struktur von Texten und Gesprächen abstellt (vgl. van Dijk 1993: 259). Vielmehr ähnelt die Diskursstruktur dem in Diskursanalysen auch anzutreffenden Begriff des „Dispositivs“. Ein Dispositiv bezeichnet mit Keller (2004: 64) die „materielle und ideelle Infrastruktur [...] durch die ein Diskurs (re-)produziert wird und Effekte erzeugt“.

objekt. Dies ist diskurstheoretisch problematisch, weil Parteien zwar die innenpolitische Willensbildung gut abbilden, nicht jedoch die außenpolitische. Vielmehr zeigt die europäische Erfahrung, dass außenpolitische Orientierungen in der Regel quer zu Parteigrenzen verlaufen (vgl. Gabel/Scheve 2007: 38): Die Spaltung der französischen Parteien in den Referenden zu Europa seit den 1950er Jahren, der Labour-Partei zur Irak-Frage und der rot-grünen Regierung zu Afghanistan können als Beispiele angeführt werden.

Statt auf Parteien als Diskursträger zurückzugreifen, verwenden wir das Konzept der „Diskursformation“ (*discursive formation*).¹³ In Diskursformationen können unterschiedliche Parteifractionen entsprechend ihrer außenpolitischen Orientierung erfasst werden. Diskursformationen versammeln ein oder mehrere bekannte, identitätsgeprägte und daher handlungsleitende und -rechtfertigende Argumentationsmuster, die von einer Gruppe von Diskursträgern genutzt werden (vgl. Nadoll 2003a: 176).

Abbildung 3) Das Beispiel der deutschen pazifistischen Diskursformation (Darst. d. Verf.)

Diskursformation	Identitätselemente	Argumentationsmuster	Handlungsempfehlungen	Diskursträger
Diskursformation der unbedingten Zurückhaltung	das verantwortungsbewusste D; das europäische D; die deutsche Frage	Einzigartige moralische Verantwortung militärische Mittel abzulehnen („nie wieder Krieg“); keine deutschen Uniformen im Ausland; historisch bedingte Ängste der Nachbarn vermeiden; Leiden der Zivilbevölkerung	Keine Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr; Bemühen um diplomatische Lösungen; Verhinderung der Militarisierung der GASP	PDS (2007 in der Partei DIE LINKE aufgegangen); Bündnis 90/Die Grünen (Pazifisten); Linke in der SPD; Linke in der FDP

Durch Diskursformationen lassen sich Diskurse also primär nach ihren Hauptargumenten und weniger nach ihren Hauptakteuren strukturieren (vgl. Kendall/Wickham 1999: 5-6; Hansen 2006: 52). Im Vergleich zu weiter gefassten Konzepten wie „außenpolitischen Traditionen“, „Grundorientierungen“ oder „Security/Strategic Cultures“, die einer Gesellschaft oder einem Staat pauschal und einheitlich zugeschrieben werden,¹⁴ erlaubt es das Konzept der Diskursformation, die innergesellschaftlichen

13 Der Begriff wurde von Michel Foucault (1989: 13) als die Menge von Formationsregeln, die einen Diskurs strukturieren, in die Sozialwissenschaften eingeführt und von Larsen (1997: 16-17) für den Bereich der Internationalen Beziehungen fruchtbar gemacht.

14 So etwa die Ansätze von Heiselberg (2003), Johnston (1995), Longhurst (2004) und den Autoren des einflussreichen Bandes von Katzenstein (1996).

schaftliche Umstrittenheit einer Außenpolitik präziser abzubilden. Eine Diskursformation steht in einer pluralistischen Demokratie stets im Wettbewerb mit anderen Diskursformationen. In politischen Krisen und Situationen außenpolitischen Scheiterns sind Herausforderungen von dominanten Diskursformationen, sog. *contestations*, zu erwarten. Im Zuge solcher Auseinandersetzungen können sich Diskursformationen neu formieren, indem sie ihre Handlungsempfehlungen zusammenschließen oder sich bisherige Diskursformationskoalitionen teilen und neue Koalitionen bilden. Diskursformationsveränderungen bringen immer auch Machtverschiebungen mit sich, weil Argumentationen – und damit die Diskursträger, die sie vertreten – geschwächt oder gestärkt werden.

3. Zum Verhältnis von Identitäts- und Verhaltenswandel

Wenn nationale Identitäten über die Analyse historischer Diskurse erschlossen werden können, dann zeigen unsere Analysen ein breites Spektrum an legitimen Verhalten in den Mitgliedstaaten: In Frankreich etwa ist der Besitz von Atomwaffen ein Ergebnis des gaullistischen Konsenses, während in Deutschland eben dieser Besitz mit Verweis auf die Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur undenkbar erscheint.

Der identitäre Verhaltensrahmen muss nicht immer ausgeschöpft werden. So stimmen die Bevölkerungen der EU-Staaten einer Vergemeinschaftung der GASP laut Umfragen mehrheitlich zu, die Regierungen nehmen diesen Spielraum bis heute aber nicht wahr.¹⁵ Genausowenig kann davon ausgegangen werden, dass Regierungen sich stets an diskurshegemoniale Handlungsempfehlungen halten: Exekutiven können den vorgegebenen Identitätsrahmen auch verlassen. Sie müssen in diesem Fall ihre Abweichung gegenüber der Bevölkerung aber glaubhaft rechtfertigen, da ihnen sonst – im schlimmsten Fall – Abwahl droht. In diesen Fällen wird Außenpolitik zu einem *contested issue*.¹⁶ Insbesondere Wahlkämpfe und Referenden eignen sich gut zur Befragung eines außenpolitischen Kurses. Gelingt es der Regierung dann nicht, ihre Außenpolitik plausibel und nachvollziehbar in die bestehende Identitätskonstruktion zu stellen, wird sie im Diskurs ins Hintertreffen geraten und gezwungen, ihre Haltung zu korrigieren.¹⁷

Wenn wir nun den Zusammenhang zwischen Identitätswandel und Verhaltenswandel betrachten, dann ist zunächst festzuhalten, dass „Kontinuität“ und „Wandel“ in historischer Hinsicht relative analytische Größen sind (vgl. Gerschenkron 1962).

15 Vgl. Eurobarometer: *Opinion on Key Topical Issues*, April 2004, http://ec.europa.eu/public_opinion/cf/subquestionoutput_en.cfm [5.8.2008].

16 Beispiele hierfür waren in Deutschland die Debatten um die Wiederbewaffnung und die Nachrüstung. In den USA wurden die Kongresswahlen 2006 ganz wesentlich von der gescheiterten Irakpolitik der Bush-Administration geprägt.

17 Als jüngere Beispiele für gescheiterte (Regierungs-)Versuche, den Verhaltensrahmen des eigenen Landes zu erweitern, können die Referenden zum Europäischen Verfassungsvertrag in den Niederlanden und Frankreich 2005 gelten.

Außenpolitischer Wandel kann zum einen als Veränderung der „outcomes“ von Politik (ergebnisorientiert) oder der „policies“ (instrumentenorientiert) begriffen werden. Zudem lässt sich Wandel auf der Ebene des Verhaltens/der policy kontrastieren mit dem Wandel sozialer Konstrukte (wie Identität), welche Politik anleiten. Dabei gilt generell, dass Verhalten sich drastisch und plötzlich verändern kann, während soziale Konstrukte sich nur langsam und beständig wandeln (vgl. Medick-Krakau 1999: 11).

In unserer Identitätskonzeptualisierung manifestiert sich Identitätswandel im Diskurs immer dann, wenn eine neue Diskursformation – eine neue Verknüpfung von Identitätselementen, Argumentationsmustern und Handlungsempfehlungen – entsteht, oder eine neue Diskurshegemonie etabliert wird. Für die Systematisierung der Beziehung zwischen Identitäts- und Verhaltenswandel ergeben sich daraus folgende vier Kombinationen:

Abbildung 4) Verhaltens- und Identitätswandel (Darst. d. Verf.)

Identitäts-wandel	Verhaltens-wandel	Implikation	Sicherheitspolitische Beispiele
Ja	Ja	Nachhaltiger Wandel Diskurs ermöglicht Verhaltenswandel; die Regierung setzt sich mit ihrer Rhetorik durch (auch post-faktisch möglich)	Deutscher Wiederbewaffnungs-Diskurs in den 1950er Jahren; spanisches NATO-Referendum (1986)
Ja	Nein	Vorbereitender Wandel Die Regierung nutzt ihren identitären Spielraum nicht (selten, da Regierungshandeln i. d. R. Diskurse provoziert)	Deutscher Out-of-area-Diskurs in den 1990er Jahren; Bereitschaft der Bevölkerungen in den meisten EU-Ländern, die GASP zu vergemeinschaften
Nein	Ja	Nachholender Wandel Die Regierung nutzt ihren identitären Spielraum; der Verhaltenswandel ist identitär gedeckt	Deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg; Aktivierung der dänischen und italienischen Sicherheitspolitik in den 1990er Jahren
Nein	Nein	a. Verhaltenskontinuität oder b. Gescheiterter Wandel	a. Operative Außenpolitik b. Dänisches Maastricht-Referendum (1992); frz. Ablehnung der EVG (1954)

In einer diskursgestützten Identitätsanalyse lassen sich auch Aussagen über die Wahrscheinlichkeit von Verhaltenswandel machen. War eine Regierungsentscheidung zugunsten eines Auslandsengagements unumstritten, ist es unwahrscheinlich, dass die Regierung in einem zukünftigen, ähnlich gelagerten Fall anders entscheiden würde. Doch selbst wenn ein Auslandsengagement innenpolitisch sehr umstritten war, führt dies nicht zwangsläufig zu einem Verhaltenswandel. Dieser ist nur dann wahrscheinlich, wenn sich zuvor auch die Stärke der Diskursformationen zugunsten

der Argumentation für Wandel verändert hat. Diskursformationsverschiebungen können unterschiedlichen Ursprungs sein: Der einfache Fall ist ein Regierungswechsel, unter der Bedingung, dass dadurch eine andere Diskursformation „an die Macht“ kommt. Genauso möglich sind Veränderungen innerhalb der Regierungsparteien oder Stimmungsumschwünge innerhalb der Bevölkerung.¹⁸

Generell lässt sich aus diskurstheoretischer Sicht die Hypothese aufstellen, dass Verhaltenswandel möglich ist, wenn eine vorherige außenpolitische Entscheidung umstritten war (*contestedness*). Er ist wahrscheinlich, wenn sich die Stärke der Diskursformation(en) dementsprechend verändert.

Jenseits der Veränderung der Regierungskonstellation sind zwei weitere Faktoren in der Literatur herausgearbeitet worden, die Identitätswandel hervorrufen können: Formative Ereignisse und das wahrgenommene Verhalten der Partner, insbesondere von Großmächten. Formative Ereignisse sind solche internationalen Ereignisse, die als krisenhaft und folgenreich wahrgenommen werden, und die die Wahrnehmung der internationalen Umgebung, eines Konflikts oder der eigenen Handlungsmöglichkeiten nachhaltig verändern (vgl. Breunig 2007: 79). Das wahrgenommene Verhalten von Partnern bzw. Großmächten erwies sich in unserer Vorstudie als zweiter wichtiger Faktor (Stahl 2003: 376-377). Der Befund zeigte, dass das Verhalten anderer Staaten – insbesondere auch großer EU-Partnerstaaten – als wichtiger Baustein zur Legitimation des jeweiligen Regierungshandelns gedient hat.

4. Identitäten und Diskurse im Vergleich

Länderspezifische Identitäts- und Diskursstudien neigen dazu, nationale Sonderwege zu betonen. Die hier angewendete Vergleichssystematik ermöglicht es, diese Sonderwege einzuordnen und so die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Identitätskonstruktionen in der EU greifbar zu machen. Unser Vergleich setzt an den jeweiligen nationalen Identitäten an, die sich aus den Vorstudien ergeben haben. Werden die nationalen Identitäten im Hinblick auf die EU-Außenpolitik übereinander gelegt, definiert ihre Schnittmenge die Grenzen des außenpolitisch Möglichen für die EU als Akteur.

Um die Überlappung bzw. Kompatibilität der unterschiedlichen nationalen Identitäten systematisch erfassen zu können bedarf es einer Taxonomie. Das erste Kriterium unserer Taxonomie ergab sich aus der systematischen Untersuchung von zwölf zeithistorischen außenpolitischen Diskursen aus der Zeit nach dem Zweiten Welt-

18 Beispiel: In Spanien war die Entscheidung der Regierung Aznar, den Angriff auf den Irak 2003 gut zu heißen, sehr umstritten. Da in Spanien die Grenzen der Diskursformationen in etwa durch die Parteigrenzen abgebildet werden, war ein Wandel der Irakpolitik bei Regierungswechsel zu erwarten, was 2004 auch eintrat. Auch in Großbritannien erwies sich die Irakpolitik Tony Blairs als sehr umstritten. Doch da hier die Grenzen der Diskursformationen quer zu den Parteien verlaufen, war eine Veränderung allein durch eine Ablösung des Premierministers nicht zu erwarten. Das Gleiche gilt hier für künftige Regierungswechsel, vgl. Stahl (2005: 18-19).

krieg in unseren Vorgängerstudien (vgl. Stahl 2003: 371-375). Identitätselemente und Argumentationsmuster der nationalen Diskurse können – wie erwähnt – in Form von Diskursformationen zusammengefasst werden. Diese länderspezifischen Diskursformationen werden jeweils zu Beginn der Fallstudien in einem Kontextteil eingeführt. Die Diskursformationen insgesamt können in eine „idealistische“ und eine „realistische“ Gruppe unterteilt werden, wobei beide Gruppen nicht nur völlig verschiedene Weltansichten offenbaren, sondern auch voneinander abweichende Handlungsempfehlungen in internationalen Krisen. Idealistische Diskursformationen enthalten völkerrechtliche, zivilisatorische, christliche und moralische Argumente. Demgegenüber zeichnen sich realistische Diskursformationen durch stabilitätsorientierte, interessengetriebene und systemische Argumentationen aus.

Abbildung 5) Idealistische und realistische Diskursformationen
(Darst. d. Verf., vgl. Stahl 2003: 371-375)

	Idealistische Diskursformation	Realistische Diskursformation
Identitätselemente (Beispiele)	Bewahrung Frankreichs als Nation; das verantwortungsbewusste Deutschland; Niederlande als pilot state; Griechenland als eigenständige Kulturnation; United Kingdom as member of the international community	Frankreich als Großmacht; die deutsche Frage; Niederlande als Mittelmacht; Griechenland als Spielball großer Mächte; United Kingdom as balancer
Argumentationsmuster (Beispiele)	Legitimität; Legalität; christliche Verantwortung; Moral; ethische Überzeugung; Überwindung des Nationalismus; Frieden; Einheit des Landes; Demokratie; Minderheitenrechte; Vorbildfunktion; Bedrohung der Identität	Eigene Interessen; Kosten-Nutzen-Abwägungen; Bedrohungen von Status und Einfluss; Einflussmehrerung; Opfer von Großmachtpolitik; Bedrohung der Stabilität; Ablehnung von appeasement; Erhalt von Bündnissen

Das zweite Taxonomiekriterium bezieht sich darauf, inwieweit die Argumentationsmuster „externe Effekte“ berücksichtigen. Solche externen Effekte können im Diskurs thematisierte Fremderwartungen, institutionelle Zwänge oder das Verhalten anderer Staaten sein (vgl. Stahl 2003: 375-378). Mit „extravertierten“ Diskursformationen sind also Argumentationen gemeint, die sich auf solche externen Effekte beziehen. Introvertierte Identitäten bezeichnen hingegen Vorstellungen einer Gesellschaft von sich selbst, die auf einer Betonung des „Wir“ unter weitgehender Vernachlässigung der „Anderen“ beruhen.

Abbildung 6) Introvertierte und extravertierte Diskursformationen
(Darst. d. Verf., vgl. Stahl 2003: 375-378)

	Introvertierte Diskursformation	Extravertierte Diskursformation
Identitätselemente (Beispiele)	Bewahrung Frankreichs als patrie; das verantwortungsbewusste Deutschland; Niederlande als christliches Land; Griechenland als eigenständige Kulturnation; United Kingdom as Empire	Europa als Gegengewicht; das multilaterale Deutschland; Nieder- lande als Teil des Westens; Griechenland als Teil Europas; United Kingdom as special partner of the US
Argumentationsmuster (Beispiele)	Einheit des Landes; Bedrohung von Identität, Kultur und Lebens- weise; Primat eigener, heimischer Interessen; Kosten-Nutzen- Abwägungen; christliche Verant- wortung; Besonderheit der eigenen Situation	Legitimität; Legalität; Moral; ethische Überzeugung; Überwin- dung des Nationalismus; Frieden; Bedrohung für Status und Einfluss; Einflussmehrung; Opfer von Groß- machtspolitik; Bedrohung der Stabilität; Ablehnung von appease- ment; Erhalt von Bündnissen

Wenn beide Taxonomiekriterien gemeinsam betrachtet werden, ergibt sich ein Koordinatensystem, das den von den nationalen Diskursräumen aufgespannten Möglichkeitsraum für das gemeinsame Handeln der Staaten in der EU abbildet.¹⁹ In den folgenden Länderfallstudien wird dieser Möglichkeitsraum empirisch ausgeleuchtet und an zwei Beispielen konkret bestimmt: Gezeigt wird, inwieweit die Staaten den Luftangriffen der NATO auf Serbien bzw. einer Bodenoffensive der Allianz jeweils zustimmen konnten (vgl. Abb. 1, 2 und 5 im Schlusskapitel dieses Bandes).

III. Forschungsansatz und Methode

Bisher haben wir die Komponenten unseres Identitäts-Diskursansatzes vorgestellt und unseren eigenen Beitrag zu einer diskursgestützten Identitätsanalyse herausgearbeitet. Es sollte deutlich geworden sein, dass wir darauf abzielen, durch die vergleichende Analyse nationaler außenpolitischer Diskurse jene identitären Schnittmengen zu erheben, die ein gemeinsames europäisches Handeln in den untersuchten Gesellschaften rechtfertigen können. Nur wenn sich die untersuchten Gesellschaften überwiegend ähnlich oder kompatibel diskursiv verorten und einer internationalen Krise

19 Für eine andere Systematisierung europäischer Identitäten vgl. Lucarelli (2006). Diese fokussiert aber mehr auf die Genese und die Quellen von Identitäten und weniger auf ihre handlungstheoretische Dimension, d. h. auf diskursive Offenheit gegenüber der Umwelt sowie die Auswahl von Strategien und Instrumenten.

miteinander vereinbare Bedeutungen zuweisen – so unsere Annahme – werden sie eine Akteurschaft der EU zulassen und damit gemeinsames Handeln ermöglichen.

Um ein streng vergleichendes Design für die Diskursanalyse zu gewährleisten, orientieren wir uns am Konzept des strukturiert-fokussierten Vergleichs von George und Bennett (2005). Zur Sichtung der umfangreichen Primärquellen bedarf es der Einführung von Untersuchungsfragen, die spezifizieren, welche Unterthemen des Diskurses analysierbar und lohnenswert erscheinen. Zu diesem Zweck formulieren wir im Folgenden einen gemeinsamen Satz von Untersuchungsfragen, die die zentralen Dimensionen von nationalen Identitäten ausleuchten werden. Diese Arbeitsfragen speisen sich aus zwei sich überlappenden Quellen: Zum einen hat die theoretische Diskussion (vgl. Abdelal et al. 2006) fünf verschiedene Dimensionen von Identität unterschieden, unter die die Querschnittsfragen subsumiert werden können. Zum anderen entstammen die Fragen selbst den Ergebnissen unserer Vorstudien und Hypothesenbildungen zu Beginn des PAFE-Projekts (vgl. Stahl 2003; Boekle/Nadoll/Stahl 2001: 20-26).

IV. Annex

1. Der Fragensatz für die Diskursanalyse

Relational comparison

- Wer war „wir“ im Konflikt? Wie wurde die Rolle des eigenen Landes im Konflikt beschrieben?
- Welche Identitätselemente wurden in den Argumentationen benutzt?
- Gab es Wandel in den Argumentationen? Wie wurde Wandel möglich? Welche Identitätselemente und Argumentationsmuster wurden im Sinne des Wandels bemüht? Welche Rolle spielen dabei *referencing*, *signifying* und *naming*?

Social purpose

- Welche wichtigen internationalen Akteure oder Institutionen werden wie eingeschätzt (Institutionen- und Akteurswahrnehmung)?
- Wie werden die Strategien und Mittel beurteilt, die zur Konfliktlösung eingesetzt werden (Konfliktstrategien und -instrumente)?

Cognitive models

- Wie wird der Konflikt gesehen (Konfliktwahrnehmung)?
- Welche Rolle spielt die Wahrnehmung des Scheiterns der bisher erprobten Politik für Wandel (vgl. Risse 1999: 45)?

Constitutive norms

- Wie wird die Legitimation des eigenen Handelns gesehen?
- Wie soll die eigene Politik agieren (Handlungsanweisung)?

Contestation

- Wie umstritten waren die diskurshegemonialen Argumentationen?
- Gibt es Hinweise, die die unterschiedliche Umstrittenheit in den verschiedenen Staaten in der Kosovo-Frage erklären helfen?

2. Grundbegriffe der Diskursanalyse

- *Identitätselement* – Teil der nationalen Identitätskonstruktion, der das „Eigene“ mit einer herausragenden Eigenschaft belegt oder es in Beziehung zum „Anderen“ setzt. Aktive Identitätselemente bilden den Ursprung bzw. den Abschluss einer Argumentationskette, der nicht weiter begründet werden muss („letztgültige Argumente“), wie etwa *Deutschland als Teil des Westens* oder *Frankreich als nation*.
- *Argumentationsmuster/Argument* – Inhaltlich konstante, identitätsbezogene Art und Weise, auf die ein Thema in einem Diskurs behandelt wird.
- *Diskursträger/Diskursteilnehmer* – Wichtige, aktiv am Diskurs beteiligte Akteure, die aufgrund der Verfassung und/oder ihrer gesellschaftlichen Funktion oder Stellung eine größere Überzeugungschance haben als andere Mitglieder der Gesellschaft.
- *Diskursstruktur* – Für bestimmte Themen in Demokratien vorgezeichnete „diskursive Pfade“ – der Weg, den ein Diskurs in einer Gesellschaft nimmt, einschliesslich der gesellschaftlichen Foren, wo außenpolitischer Diskurs stattfindet (ähnlich dem Begriff des „Diskursdispositivs“). Diese Orte werden in der Regel durch Verfassungsbestimmungen geprägt; verfassungspraktische und gesellschaftliche Aspekte kommen hinzu (z. B. die Entwicklung und Rolle der Medien). Wege und Orte strukturieren den Diskurs, da sie relevante Diskursträger privilegieren (Parlamentarier im Parlament, bekannte Persönlichkeiten in einer Talkshow) und so Vorentscheidungen über deren Überzeugungschancen treffen.
- *Diskursformation/Formation* – Ein Satz identitätsgeprägter, handlungsleitender Argumentationsmuster, die über längere Zeit stabil sind und von einer Gruppe von Diskursträgern unterstützt werden. Diskursformationen bilden konkurrierende außenpolitische Identitäten ab, sie sind die analytischen Entsprechungen einer außenpolitischen Tradition, einer außenpolitischen Grundorientierung (Beispiel: eine pazifistische Diskursformation). In der Regel finden sich in westeuropäischen Gesellschaften nur etwa zwei bis drei Diskursformationen in Bezug auf die Außenpolitik. In ontologischer Hinsicht stellen Diskursformationen das Bindeglied zwischen Akteur und Struktur dar.
- *Diskurshegemonie* – Die in einem Diskurs überzeugenden, mehrheitskonstituierenden Argumentationsmuster und Handlungsempfehlungen, die sich im Zeitablauf verfestigen und zur gesellschaftlich dominanten Interpretation von Außenpolitik geworden sind. Diskurshegemonie bedeutet nicht nur, über die

Deutungsmacht zukünftiger Ereignisse zu verfügen, sondern auch die zwischenzeitliche Deutungshoheit über die Interpretation der Vergangenheit erlangt zu haben.

Literatur

- Abdelal, Rawi et al. (2006): *Identity as a Variable*, in: American Review of Political Science 4:4, S. 695-711.
- Ambos, Alicia/Mahncke, Dieter/Reynolds, Christopher (Hg.) (2004): *European Foreign Policy. From Rhetoric to Reality*, Brüssel et al.: Peter Lang.
- Bach, Jonathan (1999): *Between Sovereignty and Integration. German Foreign Policy and National Identity after 1989*, New York: St. Martin's Press.
- Banchoff, Thomas (1999): *German Identity and European Integration*, in: European Journal of International Relations 5:3, S. 259-289.
- Barnett, Michael (1999): *Culture, Strategy and Foreign Policy Change: Israel's Road to Oslo*, in: European Journal of International Relations 5:1, S. 5-36.
- Boekle, Henning (2003): Der niederländische Diskurs zur Dekolonisation Ostindiens, in: Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*, Münster et al.: LIT Verlag, S. 190-205.
- Boekle, Henning/Nadoll, Jörg/Stahl, Bernhard (2001): *Nationale Identität, Diskursanalyse und Außenpolitikforschung: Herausforderungen und Hypothesen*, PAFE Arbeitspapier 4, Trier, http://www.politik.uni-trier.de/forschung/pafe_4.pdf [10.2.2009].
- Bora, Tanil (1995): Turkish National Identity, Turkish Nationalism and the Balkan Problem, in: Saybasili, Kemali/Özdoğan, Günay (Hg.): *Balkans. A Mirror of the New International Order*, Istanbul: Eren, S. 101-120.
- Bretherton, Charlotte/Vogler, John (2006): *The European Union as a Global Actor*, London: Routledge.
- Breuilly, Jean (2005): Dating the Nation: How Old is an Old Nation?, in: Ichijo, Azuko/Uzelac, Gordana (Hg.): *When is the Nation? Towards an Understanding of Theories of Nationalism*, New York: Routledge, S. 15-39.
- Cameron, Fraser (2007): *An Introduction to European Foreign Policy*, London: Routledge.
- Carlsnaes, Walter/Sjursen, Helen/White, Brian (Hg.) (2004): *Contemporary European Foreign Policy*, New York et al.: Sage Publications.
- Cedermann, Lars-Erik/Daase, Christopher (2003): *Endogenizing Corporate Identities: The Next Step in Constructivist IR Theory*, in: European Journal of International Relations 9:1, S. 5-36.
- Checkel, Jeffrey (2008): Constructivism and Foreign Policy, in: Smith, Steve et al. (Hg.): *Foreign Policy. Theories – Actors – Cases*, Oxford: Oxford University Press, S. 71-82.
- Cruz, Consuelo (2000): *Identity and Persuasion. How Nations Remember Their Pasts and Make Their Futures*, in: World Politics 52:2, S. 275-312.
- Foucault, Michel (1989): *The Archaeology of Knowledge*, London: Routledge.
- Fröhlich, Stefan (2007): *Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag.

- Gabel, Matthew/Scheve, Kenneth (2007): *Mixed Messages. Party Dissent and Mass Opinion on European Integration*, in: *European Union Politics* 8:1, S. 37-59.
- George, Alexander/Bennett, Andrew (2005): *Case Studies and Theory Development*, Cambridge: MIT Press.
- Gerschenkron, Alexander (1962): *On the Concept of Continuity in History*, in: *Proceedings of the American Philosophical Society* 106:3, S. 195-209.
- Hansen, Lene (2002): Introduction, in: Hansen, Lene/Wæver, Ole (Hg.): *European Integration and National Identity. The Challenge of the Nordic States*, London/New York: Routledge, S. 1-19.
- Hansen, Lene (2006): *Security as Practice. Discourse Analysis and the Bosnian War*, London/New York: Routledge.
- Hansen, Lene/Wæver, Ole (Hg.) (2002): *European Integration and National Identity. The Challenge of the Nordic States*, London/New York: Routledge.
- Harnisch, Sebastian (2003): Theorieorientierte Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus/Zürn, Michael (Hg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*, Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 313-359.
- Harnisch, Sebastian et al. (Hg.) (i. V.): *On World Stage. Role Theory in International Relations and Foreign Policy Analysis*.
- Hedetoft, Ulf (1995): *Signs of Nations: Studies in the Political Semiotics of Self and Other in Contemporary European Nationalism*, Aldershot/Brookfield: Dartmouth Publishing Company.
- Heiselberg, Stine (2003): *Pacifism or Activism: Towards a Common Strategic Culture within the European Security and Defense Policy*, IIS Working Paper, Kopenhagen, April 2003.
- Hill, Christopher (1997): Actors Involved: National Perspectives, in: Regelsberger, Elfriede/de Schoutheete de Tervarent, Philippe/Wessels, Wolfgang (Hg.): *Foreign Policy of the European Union. From EPC to CFSP and Beyond*, Boulder/London: Lynne Rienner, S. 85-97.
- Hill, Christopher (1998): Closing the Expectations-Capabilities Gap, in: Petersen, John/Sjursen, Helene (Hg.): *A Common Foreign Policy for Europe*, London/New York: Routledge, S. 18-38.
- Hill, Christopher (2004): *Renationalizing or Regrouping? EU Foreign Policy Since 11 September 2001*, in: *Journal of Common Market Studies* 42:1, S. 143-163.
- Hill, Christopher/Smith, Mark (Hg.) (2005): *International Relations and the European Union*, Oxford: Oxford University Press.
- Holm, Ulla (1997): The French Garden is no Longer What it Used to be, in: Jørgensen, Knud (Hg.): *Reflective Approaches to European Governance*, Basingstoke/London: MacMillan, S. 128-145.
- Hopf, Ted (2002): *Social Construction of International Politics: Identities and Foreign Policies, Moscow, 1955 and 1999*, Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Jepperson, Ronald/Wendt, Alexander/Katzenstein, Peter (1996): Norms, Identity, and Culture in National Security, in: Katzenstein, Peter (Hg.): *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*, New York: Columbia University Press, S. 33-75.
- Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hg.) (2003): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*, Münster et al.: LIT Verlag.
- Johnston, Alistair (1995): *Thinking about Strategic Culture*, in: *International Security* 19:4, S. 32-64.
- Jopp, Mathias/Schlotter, Peter (Hg.) (2007): *Kollektive Außenpolitik – Die Europäische Union als kollektiver Akteur*, Baden-Baden: Nomos Verlag.

- Katsioulis, Christos (2003a): Der griechische Diskurs zum EG-Beitritt (1976-1979), in: Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*, Münster et al.: LIT Verlag, S. 254-263.
- Katsioulis, Christos (2003b): Der griechische Diskurs über die Anerkennung Mazedoniens, in: Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*, Münster et al.: LIT Verlag, S. 264-277.
- Katsioulis, Christos/Nadoll, Jörg (2003): Der deutsche Diskurs zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr (1990-1994), in: Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*, Münster et al.: LIT Verlag, S. 353-367.
- Katzenstein, Peter (Hg.) (1996): *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*, New York: Columbia University Press.
- Keller, Rainer (2004): *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Kendall, Gavin/Wickham, Gary (1999): *Using Foucault's Methods*, London: Sage Publications.
- Keukeleire, Stephan/MacNaughtan, Jennifer (2008): *The Foreign Policy of the European Union*, Houndmills/New York: Palgrave/MacMillan.
- Knill, Christopher (2005): *Introduction: Cross-national Policy Convergence: Concepts, Approaches and Explanatory Factors*, in: *Journal of European Public Policy* 12:5, S. 764-774.
- Kratochwil, Friedrich/Ruggie, John (1986): *International Organization. A State of the Art on the Art of the State*, in: *International Organization* 40:4, S. 753-775.
- Kurki, Milja (2006): *Causes of a Divided Discipline: Rethinking the Concept of Cause in International Relations*, in: *Review of International Studies* 32:2, S. 189-216.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony and Socialist Strategy, Towards a Radical Democratic Politics*, London: Verso.
- Larsen, Hendrik (1997): *Foreign Policy and Discourse Analysis. France, Britain and Europe*, London/New York: Routledge.
- Larsen, Hendrik (1999): *British and Danish European Policies in the 1990s: A Discourse Approach*, in: *European Journal of International Relations* 5:4, S. 451-483.
- Lepsius, Rainer (1999): Bildet sich eine kulturelle Identität in der Europäischen Union?, in: Reese-Schäfer, Walter (Hg.): *Identität und Interesse*, Opladen: Leske und Budrich, S. 91-99.
- Löhr, Johanna (2003): Der niederländische Diskurs zum NATO-Doppelbeschluss, in: Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*, Münster et al.: LIT Verlag, S. 206-223.
- Longhurst, Kerry (2004): *Germany and the Use of Force: The Evolution of German Security Policy 1990-2003*, Manchester: Manchester University Press.
- Loth, Wilfried (1996): *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957*, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Lucarelli, Sonia (2006): Introduction: Values, Principles, Identity and European Union Foreign Policy, in: Lucarelli, Sonia/Manners, Ian (Hg.): *Values and Principles in European Foreign Policy*, London: Routledge, S. 1-18.

- Lütticken, Florian (2006): *Die europäische Außenhandelspolitik. Die Auswirkungen nationaler Außenpolitiken auf die Handelspolitik der EU am Beispiel der Verhandlungen zur Uruguay-Runde des GATT*, Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Maier, Matthias/Risse, Thomas (2003): *Europeanization, Collective Identities and Public Discourses (IDNET)*, IDNET Project Final Report, Florenz: European University Institute Florenz, <http://se2.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=10&fileid=C6B75D37-7A45-D97D-7963-DC90306CE08A&lng=en> [10.2.2009].
- Manners, Ian (2002): *European [security] Union: From Existential Threat to Ontological Security*, COPRI Working Paper 5/2002, Copenhagen, June 2002, http://www.diis.dk/graphics/COPRI_publications/COPRI_publications/publications/5-2002.doc [1.3.2009].
- March, James/Olsen, Johan (1995): *Democratic Governance*, New York: Free Press.
- Marcussen, Martin et al. (1999): *Constructing Europe. The Evolution of French, British and German Nation-State Identities*, in: *European Journal of Public Policy* 6:4, S. 614-633.
- Markovits, Andrei/Reich, Simon (1997): *The German Predicament: Memory and Power in the New Europe*, New York: Cornell University Press.
- Mead, George (1973): *Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Medick-Krakau, Monika (1999): Außenpolitischer Wandel: Diskussionsstand – Erklärungsansätze – Zwischenergebnisse, in: Medick-Krakau, Monika (Hg.): *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive. Die USA und die Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 3-31.
- Milliken, Jennifer (1999): *The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research and Methods*, in: *European Journal of International Relations* 5:2, S. 225-254.
- Morisse-Schilbach, Melanie (2006): *Diplomatie und europäische Außenpolitik. Europäisierungseffekte im Kontext von Intergouvernementalismus am Beispiel von Frankreich und Großbritannien*, Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Nadoll, Jörg (2001): *Diskursanalyse und Außenpolitikforschung*, PAFE-Arbeitspapier 2, Trier, http://www.politik.uni-trier.de/forschung/pafe_2.pdf [10.2.2009].
- Nadoll, Jörg (2003a): Forschungsdesign – Nationale Identität und Diskursanalyse, in: Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*, Münster et al.: LIT Verlag, S. 167-189.
- Nadoll, Jörg (2003b): Der westdeutsche Diskurs zur Wiederbewaffnung (1950-1955), in: Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*, Münster et al.: LIT Verlag, S. 340-352.
- Prizel, Ilya (1998): *National Identity and Foreign Policy: Nationalism and Leadership in Poland, Russia and Ukraine*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Reus-Smit, Christian (1997): *The Constitutional Structure of International Society and the Nature of Fundamental Institutions*, in: *International Organization* 51:4, S. 555-589.
- Risse, Thomas (1999): Identitäten und Kommunikationsprozesse in der internationalen Politik – Sozialkonstruktivistische Perspektiven zum Wandel in der Außenpolitik, in: Medick-Krakau, Monika (Hg.): *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 33-60.

- Risse, Thomas (2001): A European Identity? Europeanization and the Evolution of Nation-State Identities, in: Green Cowles, Maria/Caporaso, James/Risse, Thomas (Hg.): *Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change*, Ithaca/London: Cornell University Press, S. 198-216.
- Risse, Thomas (2002): Nationalism and Collective Identities: Europe versus the Nation-State?, in: Heywood, Paul/Jones, Erik/Rhodes, Martin (Hg.): *Developments in West European Politics*, Houndmills/New York: Palgrave, S. 77-93.
- Risse, Thomas (2003): Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – Warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus/Zürn, Michael (Hg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*, Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 99-132.
- Risse, Thomas (2004): European Institutions and Identity Change: What Have we Learned?, in: Herrmann, Richard /Risse, Thomas/Brewer, Marilyn (Hg.): *Transnational Identities: Becoming European in the EU*, Lanham: Rowman and Littlefield, S. 247-271.
- Risse, Thomas et al. (1999): *To Euro or Not to Euro? The EMU and Identity Policies in the European Union*, in: *European Journal of International Relations* 5:2, S. 147-187.
- Schubert, Klaus/Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hg.) (2000): *Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik*, Opladen: Leske und Budrich.
- Schwab-Trapp, Michael (2002): *Kriegsdiskurse – Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991-1999*, Opladen: Leske und Budrich.
- Smith, Hazel (2002): *European Union Foreign Policy. What it Is and What it Does*, London et al.: Pluto Press.
- Smith, Karen (2003): *European Foreign Policy in a Changing World*, Cambridge: Polity Press.
- Smith, Michael (2003): *Europe's Foreign and Security Policy. The Institutionalization of Cooperation*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Snyder, Robert (2005): *Bridging the Realist/Constructivist Divide: The Case of the Counterrevolution in Soviet Foreign Policy at the End of the Cold War*, in: *Foreign Policy Analysis* 1:1, S. 55-71.
- Stahl, Bernhard (2003): Auswertung: Identitäten und Diskurse im analytischen Vergleich, in: Joerßen, Britta/Stahl, Bernhard (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*, Münster et al.: LIT Verlag, S. 368-381.
- Stahl, Bernhard (2005): *Understanding the Great Split in the Iraq Crisis. A Comparative Approach of the Member States' Foreign Policy*, Paper presented at the UACES Conference in Zagreb, 4.-7. September 2005, http://archive.sgir.eu/uploads/Stahl-iraq_securitization.pdf [10.2.2009].
- Stahl, Bernhard (2006): *Französische Identität und außenpolitische Krisen – Verhalten und Diskurse im Kosovo-Krieg und in der Uruguay-Runde des GATT*, Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Tonra, Ben/Christiansen, Thomas (2004): The Study of EU Foreign Policy: Between International Relations and European Studies, in: Christiansen, Thomas/Tonra, Ben (Hg.): *Rethinking European Foreign Policy*, Manchester: Manchester University Press, S. 1-9.
- Torfinn, Jacob (2005): Discourse Theory: Achievements, Arguments, and Challenges, in: Howarth, David /Torfinn, Jacob (Hg.): *Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy and Government*, Houndmills: Palgrave/MacMillan, S. 1-32.
- Townson, Michael (1992): *Mother-tongue and Fatherland: Language and Politics in Germany*, Manchester/New York: Manchester University Press.

- Van Dijk, Teun (1993): *Principles of Critical Discourse Analysis*, in: *Discourse and Society* 4:2, S. 249-283.
- Wæver, Ole (2002): Identity, Communities and Foreign Policy. Discourse Analysis as Foreign Policy Theory, in: Hansen, Lene/Wæver, Ole (Hg.): *European Integration and National Identities. The Challenge of the Nordic States*, London/New York: Routledge, S. 20-49.
- Wæver, Ole (2004): Discursive Approaches, in: Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hg.): *European Integration Theory*, Oxford: Oxford University Press, S. 197-216.
- Wæver, Ole (2005): European Integration and Security: Analysing French and German Discourses on State, Nation, and Europe, in: Howarth, David/Torfin, Jacob (Hg.): *Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy and Government*, Houndmills: Palgrave/MacMillan, S. 33-67.
- Weick, Kathrin (2004): *Britische Identität und Außenpolitik. Die identitäre Grundlage der Interventionspolitik Blairs*, unveröffentlichte Magisterarbeit, Universität Trier.
- Wendt, Alexander (1992): *Anarchy is What States Make of it: the Social Construction of Power Politics*, in: *International Organization* 46:2, S. 391-407.
- Wendt, Alexander (1994): *Collective Identity Formation and the International State*, in: *American Political Science Review* 88:2, S. 384-396.
- Wendt, Alexander (1999): *Social Theory of Foreign Policy*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Westlind, Dennis (1996): *The Politics of Popular Identity*, Lund: Lund University Press.
- White, Brian (2004): Foreign Policy Analysis and European Foreign Policy, in: Christiansen, Thomas/Tonra, Ben (Hg.): *Rethinking European Foreign Policy*, Manchester: Manchester University Press, S. 45-61.
- Zehfuss, Maja (2001): *Constructivism and Identity: A Dangerous Liaison*, in: *European Journal of International Relations* 7:3, S. 315-348.